



Geschäftsbereich / Fachbereich
Stabsstelle Standortförderung

Sachbearbeiter
Frau Götz

Az.:

Beratung	Datum	Behandlung	Zuständigkeit
Umwelt-, Energie- und Verkehrsausschuss	08.09.2020	öffentlich	Kenntnisnahme

Betreff

Antrag Bündnis 90 Die Grünen: Effizientes Wärmekonzept Polizei

Anlagen:

2020127_AW PI-Gauting Anschluss an Fernwärme
Antrag_Bündnis_90_Die_Gruenen

Sachverhalt:

Der Antrag von Bündnis 90 Die Grünen vom 26.07.2020 beinhaltet den Auftrag auf eine ökologisch und ökonomisch sinnvolle, effektive Wärmeversorgung auch für die künftig zum Handwerkerhof benachbarten Gebäude der Polizeiinspektion hinzuwirken durch einen Einbezug der bereits laufenden Planungen für die technische Umsetzung.

Anmerkung der Verwaltung:

Die Standortförderung hat nach Rücksprache mit der Bauleitplanung und dem Tiefbau bereits im November 2019 das Staatliche Bauamt in Weilheim kontaktiert, um mögliche Synergien bei der Energie- / Wärmeversorgung für die künftig benachbarten Adressen Handwerkerhof und neue Polizeiinspektion Gauting an der Ammerseestraße zu nutzen.

Das Staatliche Bauamt hat dann folgendes mitgeteilt:

„Die Wärmeversorgung über Fernwärme für den Neubau der PI wäre aus unserer Sicht die perfekte Lösung. Bei der Fernwärme hängt es aus unserer Sicht im Wesentlichen davon ab, ab welchem Zeitpunkt diese dann zur Verfügung steht und ob diese über einen zertifizierten Primärenergiefaktor verfügt, der uns Vorteile hinsichtlich EnEV und EEWärmeG bringt.“

Beschlussvorschlag gemäß Antrag:

Die Gemeindeverwaltung wird beauftragt, in Kontakt mit dem Freistaat Bayern darauf hinzuwirken, dass die künftigen Polizeigebäude auf dem Areal Handwerkerhof/Polizei/Flüchtlingsunterkunft in eine ökologisch und ökonomisch sinnvolle, effektive Wärmeversorgung in Form eines Nahwärmenetzes einbezogen werden, indem das direkt neben den Polizeigebäuden geplante BHKW und der spätere geothermische Anschluss auch zur Versorgung dieser Gebäude vorgesehen und die Beteiligung des Freistaats geplant ist.

Beschlussvorschlag der Verwaltung:

1. Der Ausschuss nimmt Kenntnis von der Beschlussvorlage der Verwaltung (Drucksache Ö/0088/XV.WP) vom 08.09.2020.

2. Der Ausschuss nimmt Kenntnis davon, dass die Verwaltung (Bauamt mit Tiefbau und Standortförderung) bereits seit November 2019 mit dem Staatlichen Bauamt im Austausch ist und der Antrag von Bündnis 90 Die Grünen im Juli 2020 sich somit erledigt hat.

Gauting, 11.09.2020

Unterschrift